



Antrag

der Fraktion der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Kommunalen Klimaschutz stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt die im Energiewende- und Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Ziele für die Minderung der Treibhausgasemissionen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Landtag stellt fest, dass in den Kommunen in den vergangenen Jahren wichtige Initiativen zum kommunalen Klimaschutz auf den Weg gebracht worden sind. Zur fristgerechten Umsetzung der Klimaziele von Bund, EU und dem Pariser Abkommen werden zeitnah erheblich mehr Projekte erforderlich sein.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

- 1) Die kontinuierliche Fortführung der Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI) des Landes über das Jahr 2020 hinaus sicherzustellen und zu stärken. Dabei sind die Ergebnisse einer Evaluierung zu berücksichtigen.
- 2) Kommunen auf Wunsch stärker als bisher in ihren Verfahren zu unterstützen, ein professionelles Klimaschutzmanagement zu etablieren, das konkrete Klimaschutzprojekte umzusetzen kann. Eine Unterstützung in den Verfahren sollte die nationale Klimaschutzinitiative (NKI) ergänzen. Der Landtag begrüßt Initiativen zur Errichtung regionaler Klimaschutzagenturen, deren Geschäftszweck dem kommunalen Klimaschutz durch die Umsetzung konkreter Projekte zur Reduktion des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen dient.

Begründung:

Die Schlüsselrolle der Kommunen beim Klimaschutz wird sowohl vom Energiewendebeirat als auch vom Landesrechnungshof, zuletzt in den Bemerkungen 2019, hervorgehoben. Beide Institutionen stellen den personellen Bedarf für die Fördermittelakquise, Koordination und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Vordergrund ihrer Berichte.

Die Landesregierung unterstützt den kommunalen Klimaschutz bereits jetzt auf vielfältige Weise. Zu nennen sind u.a.:

- Das Beratungs- und Weiterbildungsangebot der Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI)
- Zuschussförderung zum KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung)
- Förderprogramm für „Nachhaltige Wärmeversorgungssysteme“
- Projektförderung über die Gesellschaft für Energie und Klimaschutz (EKSH)
- Qualifizierungsangebote für Kommunale Klimaschutzmanager und bald für „qualifizierte Gebäude-Energieberater“ in SH
- Beschaffung einer Landeslizenz für eine Software zur Treibhausgasbilanzierung für Kommunen

Zusätzlich bietet die neue Kommunalrichtlinie des Bundes Fördermittel für kleinere Maßnahmen in den Kommunen an.

In den vergangenen Jahren konnten in Schleswig-Holstein etwa 60 Konzepte und Sanierungsmanagements erstellt und z.T. umgesetzt werden. Angesichts der knappen verbleibenden Zeit für die Erreichung der Klimaziele, ist es unerlässlich die Zahl der umgesetzten Konzepte und Maßnahmen in den Kommunen deutlich zu erhöhen.

Neben einer Stärkung der Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI), ist die Etablierung von regionalen Klimaschutzagenturen ein Baustein um die Ziele, insbesondere im Bereich Wärmeenergie (Anteil der Erneuerbaren Energiequellen von derzeit 14 Prozent bis 2025 auf 22 Prozent zu erhöhen), zu erreichen.

Die Lösungen im Wärmebereich sind lokal sehr individuell und müssen auch vor Ort entwickelt werden. Regionale Klimaschutzagenturen sollten verwaltungsübergreifend arbeiten und neben den Bürgerinnen und Bürgern alle relevanten lokalen Akteure (Handwerk, Architekten, Ingenieure, Banken und Unternehmen...) mit einbeziehen.

Heiner Rickers
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion